WP-04-000 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Petra Lippegaus (KV Paderborn)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 1 bis 1 einfügen:
Die Welt, unsere Gesellschaft und unser Land stehen vor großen Herausforderungen, vielleicht vor den größten Veränderungen seit der Industrialisierung.
Digitalisierung und vor allem KI übernehmen Arbeit, versprechen große Gewinne und lösen gleichzeitig massive Sorgen aus. Zerbrechende Sicherheiten, Arbeitsplatzverluste, technologische Abhängigkeiten und eine zunehmende Macht autoritärer Tech-Giganten kündigen sich schon jetzt an. Sie stellen Errungenschaft wie die Sozialpartnerschaft, starke Positionen der Gewerkschaften und soziale Verantwortung der Unternehmen ebenso in Frage wie Umweltschutz.
Unser Sozialstaat fußt auf dem Bild von industriellen Arbeitsplätzen, auf nationalen Steuersystemen und Sozialversicherungen, die nicht mehr ausreichend Antworten geben auf die Neuerungen. Schon längst stellt der Dienstleistungssektor drei Vierteil der Arbeitsplätze, Care-Arbeit, insbesondere Pflege wird im arbeitsrechtlichen Graubereich jenseits von Arbeitsschutz geleistet.
Die soziale Marktwirtschaft mit ihrem motivierenden Versprechen von Wohlstand, Sicherheit und Aufstieg zerschellt zunehmend an der Realität. Der Generationsvertrag geht nicht mehr auf. Ältere haben Angst um Rente und menschwürde Pflege, Familien um Auskommen und gute Bildung, Jüngere um ihre Zukunftschancen und Klimafolgen. Überall in der Welt gehen Menschen auf die Straße, kämpfen für bezahlbares Leben, für Wohnungen und Lebenschancen. Sie wollen, dass Regierungen ihnen zuhören und ihre Sorgen ernstnehmen, sie protestieren gegen soziale Ungerechtigkeit. Auch der Sozialbericht NRW von 2026 spiegelt eine Gesellschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, in die Löhne langsamer wachsen als die Preise und in der durch Vermögen mehr Geld verdient wird als durch Arbeit.
In der Folge ist Demokratie bedroht, durch schamlose autoritäre Macht wie durch das Erstarken rechter und rechtsextremer Parteien und Positionen.
In dieser Zeit der Umbrüche machen wir eine Politik für die Menschen.
Eine ehrliche Politik, die Veränderungen offen anspricht, sich für erhaltenswerte Errungenschaften einsetzt und Innovation sozial und ökologisch verträglich gestaltet.
Eine mutige Politik, die sich Veränderungen der Arbeitswelt, der sozialen Sicherung und der Gesellschaft frühzeitig stellt und neue faire Antworten entwickelt. (Dazu gehören auch Diskussionen über “utopische“ Ideen wie das bedingungslose Grundeinkommen und neue Steuersysteme wie die Wertschöpfungssteuer.)
Eine humane und glaubwürdige Politik, die Haltung bezieht für Menschen und sozialen Zusammenhalt, die an der Seite der Beschäftigten steht und Carearbeit anerkennt, die die Zukunft der Generationen und der Umwelt sichert, die Inklusion und Vielfalt, Einwanderung und gelungene Integration ermöglicht.
Eine gerechte Politik, die Turbokapitalismus und Ausbeutung genauso kritisch anspricht wie Privilegien, die Armut, Exklusion und Benachteiligungen verhindert und abbaut, die Chancengerechtigkeit und Teilhabe ermöglicht.
Eine nachhaltige Politik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammendenkt mit ökologischer Verantwortung.
Wir bauen an einer neuen sozial-ökologischen Marktwirtschaft.

Wir sichern ein Leben ohne Armut

Begründung

Wir leben in einer Zeit mit besonderen Entwicklungen, Belastungen und Ereignissen, die insbesondere den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik, den gesellschaftlichen Zusammenhalt betreffen. Der Antrag zeigt, dass wir diese Herausforderungen sehen, die Sorgen, die Unzufriedenheit wahrnehmen, dass wir uns damit beschäftigen und Antworten entwickeln.

Und wir brauchen eine Vision, für die es sich lohnt sich einzusetzen, die Mut macht. Diese Vision der neuen sozial-ökologischen Marktwirtschaft macht die Grünen aus, sollte an dieser Stelle Raum bekommen und dem Kapitel einen Rahmen geben.

Unterstützer*innen

Ida Holschbach (KV Köln); Johannes Menze (KV Paderborn); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Angelika Surkamer (KV Paderborn); Irene Ofteringer (KV Köln); Sarah Gonschorek (KV Soest); Dennis Kurzweil (KV Aachen); Sabine Sedlaczek (KV Köln); Johanna Westermeyer-Böse (KV Paderborn); Güven Erkurt (KV Paderborn); Jörg Schlüter (KV Paderborn); Markus Rieger (KV Paderborn); Sigrid Beer (KV Paderborn); Petra Solscheid (KV Paderborn); Annette Kuhlmann (KV Paderborn); Paula Kerstin (KV Paderborn); Inga Gill (KV Paderborn); Sylvain Victor (KV Paderborn); Martina Gamm (KV Paderborn)